

Heinz Fassmann/Rainer Münz

Politik und Demographie. Ursachen und Folgen der ergrauenden Gesellschaft.

1. Vorbemerkung

Die Bevölkerung Österreichs altert, und dies verändert unsere Gesellschaft. Zwar ist das Tempo der Veränderung relativ klein. Dennoch vollzieht sich mit der Zeit ein tiefgreifender, weitgehend irreversibler Wandel, wenn nicht gar eine demographische Revolution. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war rund die Hälfte der Bevölkerung Österreichs unter 20 Jahre alt. Nach dem Jahr 2030 wird ein Drittel der Einwohner dieses Landes über 60 Jahre alt sein. Diese Entwicklung erfordert erhebliche Anpassungsleistungen von Politik und Gesellschaft, denn alle Institutionen und sozialen Sicherungssysteme, auf die die Altersstruktur der Bevölkerung nachhaltigen Einfluss ausübt, stehen dadurch auf dem Prüfstand. Das betrifft das Bildungssystem und die Landesverteidigung, vor allem aber die Systeme von Pensions- und Krankenversicherung sowie die Organisation von Pflege und Betreuung bei Hilfsbedürftigkeit im Alter.

Die von der Altersstruktur der Bevölkerung beeinflussten Institutionen und sozialen Sicherungssysteme hätten mit der demographischen Entwicklung langfristig keine Probleme, wenn die Altersstruktur der Bevölkerung konstant bliebe. Aus diesem Grund wäre eine stabile, vor allem aber eine stationäre Bevölkerung für jedes politische System von Vorteil. Zumindest aus demographischen Gründen wären dann weder tiefgreifende Reformen, noch Anpassungsprozesse oder Eingriffe in sogenannte "wohlerworbene" Besitzstände erforderlich. Denn die bestehende Verteilung von Lebenschancen und die politisch einmal entschiedene Allokation von Ressourcen würden nicht durch Änderungen der Altersstruktur in Frage gestellt. Der Generationenvertrag wäre stabil, für Verteilungskämpfe zwischen Jungen und Alten gäbe es zumindest keine strukturellen Gründe. Aber damit ist bloß ein hypothetischer Idealfall beschrieben.

Stabile oder stationäre Bevölkerungen¹ sind in erster Linie theoretische Konstrukte. Sie dienen dazu, die demographische Eigendynamik einer Bevölkerung analysieren zu können. Sie haben mit der empirischen Realität in der Regel wenig zu tun. Bevölkerungen weisen unterschiedliche Altersstrukturen auf, die Geburten- und Sterbeziffern ändern sich im Laufe der Zeit. Zu- und Abwanderungen über Staatsgrenzen hinweg sorgen für weitere "Störungen" der idealtypischen Bevölkerungsentwicklung. Dies gilt gerade im Rückblick auf das 20. Jahrhundert für die Bevölkerungen Österreichs und anderer Gesellschaften Europas. Sie wurden durch Geburtenausfälle während des Ersten Weltkriegs, durch Baby-Booms der frühen 20er Jahre, der späten 30er und frühen 40er Jahre sowie der späten 50er und 60er Jahre, durch Geburtenrückgänge der 20er der frühen 50er sowie der späten 60er und 70er Jahre, durch Kriegsverluste während zweier Weltkriege sowie den Holocaust, durch Vertreibung, aber auch durch Zu- und Abwanderungen, also durch historische Einschnitte und soziale Prozesse der letzten 90 Jahre entscheidend geprägt.

¹ Bei einer stabilen Bevölkerung sorgen konstante Geburten- und Sterbeziffern für einen unveränderten Altersaufbau, bei einer stationären Bevölkerung ist darüber hinaus die Einwohnerzahl konstant.

2. Alterung der Bevölkerung: Rück- und Ausblick

1961 hatte Österreich knapp über 7 Millionen Einwohner. Von ihnen waren 18% über 60 Jahre, aber 22% unter 15 Jahre alt. Die Kriegsverluste des Ersten Weltkriegs und eine vergleichsweise hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit hatten dafür gesorgt, dass von den geburtenstarken Jahrgängen der vor 1900 Geborenen keineswegs alle ein höheres Alter erreichten. Dies reduzierte damals Zahl und Anteil der über 60-Jährigen. Aber auch auf Grund der damals relativ hohen Zahl an Beschäftigten und der geringen Arbeitslosenquote hatte die Frage nach der mittel- und langfristigen Finanzierung des Pensionssystems und des Gesundheitswesens keinerlei Dringlichkeit. Österreichs Politik hatte Anfang der 60er Jahre andere Prioritäten.

Tabelle 1: Bevölkerung nach breiten Altersgruppen 1961 bis 2031

	<i>Absolut in Tsd.</i>				<i>Anteil in %</i>		
	<i>insgesamt</i>	<i>unter 15 J.</i>	<i>15–59</i>	<i>60 u.m.</i>	<i>unter 15 J.</i>	<i>15–59</i>	<i>60 u.m.</i>
			<i>Jahre</i>	<i>Jahre</i>	<i>Jahre</i>	<i>Jahre</i>	
1961	7.074	1.585	4.189	1.300	22,4	59,2	18,4
1971	7.492	1.822	4.161	1.509	24,3	55,5	20,1
1981	7.555	1.511	4.591	1.454	20,0	60,8	19,2
1991	7.796	1.357	4.874	1.565	17,4	62,5	20,1
1996	8.059	1.403	5.066	1.590	17,4	62,9	19,7
2001	8.090	1.337	5.122	1.711	16,5	62,3	21,2
2011	8.049	1.116	4.981	1.952	13,9	61,9	24,2
2020	8.096	1.083	4.763	2.251	13,4	58,8	27,8
2030	8.117	1.094	4.246	2.776	13,5	52,3	34,2

Quelle: 1961-1991: Volkszählung; 1996: Demographische Indikatoren für Österreich 1961-1998; 2001-2030: Hanika 1999.

In den späten 50er und frühen 60er Jahren war fast das gesamte inländische Erwerbspotential in das Beschäftigungssystem integriert. Die sowohl nach dem Zweiten Weltkrieg als auch ab 1953/54 relativ hohe Arbeitslosenquote sank auf ein Niveau von rund 3%, was allgemein als Vollbeschäftigung interpretiert wurde. Zugleich war die wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften nicht von einem entsprechenden Wachstum des Arbeitskräfteangebots begleitet. Das Gegenteil war der Fall. Die geburtenstarke Jahrgänge der vor 1915 Geborenen erreichten das Pensionsalter und verließen damit den Arbeitsmarkt. Zugleich schieden viele Frauen während des Baby-Booms der späten 50er und frühen 60er Jahre bereits in jüngeren Jahren nach der Geburt des ersten oder zweiten Kindes aus dem Berufsleben aus. Zugleich verringerte sich die Zahl jener Personen, die aus der Landwirtschaft in die Industrie oder den Dienstleistungssektor wechselten. Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs standen der Wirtschaft im Inland nicht ausreichend viele Arbeitskräfte zur Verfügung. Ähnlich wie andere westliche Industriestaaten begann Österreich daher, systematisch Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben, um den ungedeckten Arbeitskräftebedarf der heimischen Wirtschaft zu decken. Die gute Konjunktur der mittleren 60er Jahre sowie ab 1969 führte zu einer Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitsmigranten, insbesondere für Zuwanderer aus Jugoslawien und der Türkei.

Zwischen 1961 und 1971 wuchs die Bevölkerung Österreichs um 420.000 Personen. Hauptursachen des starken Wachstums waren die damals hohen Geburtenziffern und eine relativ geringe Zahl von Sterbefällen. Letzteres war nicht bloß durch die in den 60er Jahren relativ "junge" Bevölkerung bedingt, sondern auch eine Spätfolge der Kriegsverluste des Ersten Weltkriegs und der freiwilligen wie der erzwungenen Auswanderung der 30er Jahre. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug Anfang der 60er Jahre über 130.000 pro Jahr, die Zahl der Sterbefälle nur rund 80.000. Allein durch den positiven Saldo aus Geburten und Sterbefällen wuchs die Bevölkerung damals jährlich um fast +50.000 Personen. Nach dem Höhepunkt des Baby-Booms in den Jahren 1963/64 sank die Zahl der Neugeborenen und damit auch der jährliche Saldo von Geburten- und Sterbefälle kontinuierlich. Doch auch der kleiner gewordene positive Geburtensaldo trug zum Bevölkerungswachstum bei. Für ein beträchtliches zusätzliches Wachstum der Bevölkerung sorgte die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte im erwerbsfähigen Alter.

Die eine Hälfte des gesamten Bevölkerungswachstums von 420.000 zwischen 1961 und 1971 entfiel auf den Zuwachs der über 60-Jährigen. Trotz der hohen Geburtenzahlen und der Zuwanderung aus dem Ausland erlebte Österreich damals den ersten Alterungsschub. Die Zunahme der Lebenserwartung um rund 3 Jahre binnen eines Jahrzehnts war dafür ebenso verantwortlich wie der große Umfang der Geburtsjahrgänge 1900 bis 1910, deren Angehörige damals jene Altersgrenze überschritten. Die andere Hälfte des Bevölkerungswachstums war eine Folge des Baby-Booms der frühen und mittleren 60er Jahre, der den Anteil der unter 15-Jährigen bis 1971 auf über 24% erhöhte.

Aus der demographischen Entwicklung ergaben sich Anfang der 70er Jahre keine Probleme für die sozialen Sicherungssysteme. Die demographische Belastung der erwerbsfähigen Bevölkerung durch die noch nicht und die nicht mehr im Erwerbsalter befindliche Bevölkerung (demographische Gesamtbelastungsquote) war zwar mit 80% sehr hoch, doch lag die Jugendlastquote deutlich über der Alterslastquote.² Letzteres trug erheblich dazu bei, dass dem Ausbau von Schulen und Universitäten, aber auch der staatlichen Familienpolitik erheblich höhere Priorität eingeräumt wurde als der Gestaltung und Finanzierung von Alters- und Hinterbliebenenpensionen. Auch in der öffentlichen Diskussion ging es viel eher um Fragen der Chancengleichheit zwischen den Heranwachsenden einer Generation als um Gerechtigkeit zwischen Generationen.³ Überdies führte die Beschäftigung einer größeren Zahl damals erst kurz bzw. nur vorübergehend im Land lebender ausländischer Arbeitskräfte dazu, dass diese Migranten zwar Steuern und Beiträge zur Pensions-, Kranken und Arbeitslosenversicherung zahlten, selbst aber keine Leistungen aus diesen Versicherungen bezogen.

² Die Begriffe "Jugendlastquote" bzw "Alterslastquote" mögen zwar unsensibel erscheinen, stellen jedoch demographisch anschauliche Größen dar. Definiert werden die Lastquoten jeweils als Prozentanteil der entsprechenden Altersgruppen (0- bis 15-Jährige bzw. über 60-Jährige) an den 15- bis 60-Jährigen.

³ Zu berücksichtigen ist, dass jene, die in den 60er Jahren das Pensionsantrittsalter erreichten, in vielen Fällen über keine kontinuierliche und geschlossene Berufslaufbahn verfügten. Es war daher notwendig und rückblickend auch verständlich, den Militärdienst relativ großzügig als beitragsfreie Ersatzzeit anzurechnen.

Tabelle 2: Belastungskenngrößen 1961-2030 bezogen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (15- bis 60-Jährige)

	<i>Jugendlastquote</i>	<i>Alterslastquote</i>	<i>Demographische Gesamlastquote</i>
1961	37,8	31,0	68,9
1971	43,8	36,3	80,1
1981	32,9	31,7	64,6
1991	27,8	32,1	60,0
1996	27,7	31,4	59,1
2001	26,5	34,1	60,6
2011	22,4	39,2	61,6
2020	22,7	47,3	70,0
2030	25,8	65,4	91,1

Quelle: 1961-1991: Volkszählung; 1996: Demographische Indikatoren für Österreich 1961-1998; 2001-2030: Hanika 1999.

Auf das starke Bevölkerungswachstum der 60er Jahre folgte ein Jahrzehnt der demographischen Stagnation. Der Baby-Boom war zu Ende, die Geburtenzahlen sanken beträchtlich, und die weniger günstige Wirtschaftsentwicklung in den Jahren nach 1973 führte zum Ende der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Auf den Anwerbestopp von 1974 folgte eine deutliche Abnahme der Zahl unselbständig beschäftigter ausländischer Arbeitskräfte und zugleich auch eine Schrumpfung der ausländischen Wohnbevölkerung Österreichs. Die Zahl der Lebendgeburten erreichte 1978 mit 85.402 einen historischen Tiefstand. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau sank von 2,29 (1970) auf 1,60 (1978).

Ab Mitte der 70er Jahre überwog die Zahl der Sterbefälle diejenige der Geburten. Auch Wanderungsgewinne konnten die Geburtenausfälle nicht kompensieren. 1981 war die Bevölkerungszahl mit 7,55 Millionen nur geringfügig höher als 1971 (7,50 Mio.). Österreichs Bevölkerung stagnierte, und düstere Prognosen sagten eine drohende "Entvölkerung" des Landes voraus. "Sterben die Österreicher aus?", wurde damals ebenso plakativ wie grundlos gefragt.

Aus Sicht der sozialen Sicherungssysteme war die Situation auch Anfang der 80er Jahre zweifellos noch günstig. Die Lebenserwartung hatte sich zwar während der 70er Jahre um weitere 3 Jahre erhöht. Doch ab 1975 erreichten die geburtenschwachen Jahrgänge der nach 1914 Geborenen das 60. Lebensjahr. Das bremste die Alterung. Gleichzeitig sorgte der Übertritt von Angehörigen der Baby-Boom-Jahrgänge in das Erwerbsleben für eine Verringerung der demographischen Gesamtbelastung. Betrug 1971 die Zahl der unter 15- und über 60-Jährigen bezogen auf alle 15- bis 60-Jährigen noch über 80%, so sank dieser Wert bis 1981 auf 64%. Die demographische Entwicklung führte damit eher zu einer Entlastung als zu einer Belastung des Sozialstaats. Allerdings bewirkte die gegenüber den 70er Jahren gestiegene Arbeitslosigkeit eine zunehmende Verschiebung von Lasten der Arbeitslosenversicherung hin zur Pensionsversicherung. Ältere Arbeitnehmer wurden zunehmend ermutigt, früher in Pension zu gehen.

Auf die demographische Stagnation der 70er Jahre folgte wieder eine Periode mit starkem Bevölkerungswachstum. Zwischen 1981 und 1991 stieg die Einwohnerzahl Österreichs um fast 250.000 auf 7,8 Mio. Personen. Eine Ursache waren die steigenden Geburtenzahlen, die sich überwiegend aus der Altersstruktur erklären ließen. Weil die Angehörigen der Baby-Boom-Jahrgänge selber ins zeugungs- und gebärfähige Alter kamen, gab es mehr potenzielle Eltern. In der Folge wurden in Österreich auch mehr Kinder zur Welt gebracht, obwohl die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau weiter sank. Die um Effekte der Altersstruktur bereinigte Gesamtfurchbarkeitsrate (TFR) lag 1991 nur noch bei 1,5 Kindern pro Frau. Gleichzeitig gab es ab Mitte der 80er Jahre eine Trendwende im Bereich der Migration. Noch zu Beginn der 80er Jahre überwogen die Abwanderungen ins Ausland, dann stieg ab 1984 die Zahl der Einwanderer kontinuierlich an. Am Beginn der 90er Jahre betrug der Saldo von Zu- und Abwanderung über +80.000 Personen.

In Summe wirkte sich die Zuwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung der 80er Jahre bei weitem stärker aus als die steigenden Geburtenzahlen. Während nämlich die Zahl der unter 15-Jährigen zwischen 1981 und 1991 sank, stieg die Zahl der 15- bis 60-Jährigen um 280.000 Personen. Ursache dafür war vor allem die gewachsene Zahl von Zuwanderern, von den die meisten im jungen Erwachsenenalter nach Österreich kamen. Zu einem geringeren Teil erklärte sich die größere Zahl der über 15-Jährigen allerdings auch durch die langsame "Alterung" von geburtenstarken Jahrgängen aus der Zeit des Baby-Booms. Anfang der 90er Jahre hatte sich die demographische Gesamtbelastungsquote erneut reduziert. 1991 lag sie nur mehr bei 60%. Der Anteil der Jugendlichen nahm weiter ab, der Anteil der über 60-Jährigen stieg mäßig, Zahl und der Anteil der 15- bis 59-Jährigen wuchsen jedoch deutlich.

Die außergewöhnlich starke Bevölkerungszunahme hielt noch bis 1993 an. Danach wurde der jährliche Zuwachs deutlich geringer. Der Saldo aus internationaler Zu- und Abwanderung pendelte sich aufgrund einer sehr restriktiv gefassten Migrations- und Asylpolitik wieder auf das Niveau der mittleren 80er Jahre ein. Zugleich sanken die durchschnittlichen Kinderzahlen auf das niedrigste in Österreich je registrierte Niveau. 1997 lag die Gesamtfurchbarkeitsrate bei 1,36 Kindern pro Frau, 1998 nur noch bei 1,32 Kindern. Auf die demographische Belastung der Personen im Haupterwerbsalter wirkt sich dieser Rückgang der Fertilität kurzfristig positiv aus. Sie müssen sowohl individuell wie auch kollektiv weniger Kinder und Jugendliche erhalten.

Mitte der 90er Jahre hatte Österreich daher eine Altersstruktur, die aus demographischem Blickwinkel so günstig war, wie nie zuvor. Die Alterslastquote war nur geringfügig gestiegen, die Jugendlastquote gesunken und damit die Gesamtbelastung ebenfalls. Dass die Diskussion über Gestaltung und Finanzierbarkeit der sozialen Sicherung im Alter trotzdem an Intensität zunahm, ja im Jahr 1995 sogar zu einem wahlentscheidenden Thema werden konnte, war und ist nicht aus der demographischen Situation der Gegenwart erklärbar. Ursache war vielmehr das Ziel, den Bundesbeitrag zur gesetzlichen Pensionsversicherung nicht weiter wachsen zu lassen, während gleichzeitig das tatsächliche Pensionsanfallsalter sank, die Lebenserwartung stieg, Zeiten der Kinderbetreuung sowie andere beitragsfreie Zeiträume bei der Pensionsbemessung Berücksichtigung fanden und der Anteil jener Personen wuchs, die Ansprüche auf eine eigene Alterspension erwarben.

Aus demographischer Sicht lässt auch die Entwicklung der kommenden zwei Jahrzehnte keine sonderlich spektakulären Entwicklungen erwarten. 1994 überschritt die Einwohnerzahl Österreichs die 8-Millionen-Marke. Ende der 90er Jahre hatte das Land bereits fast 8,1 Mio. Einwohner. Zwischen 2020 und 2030 ist ebenfalls mit einer Wohnbevölkerung von rund 8,1 Mio. zu rechnen. Zumindest für weitere 20 bis 30 Jahre bleibt die Bevölkerungszahl trotz Rückgang

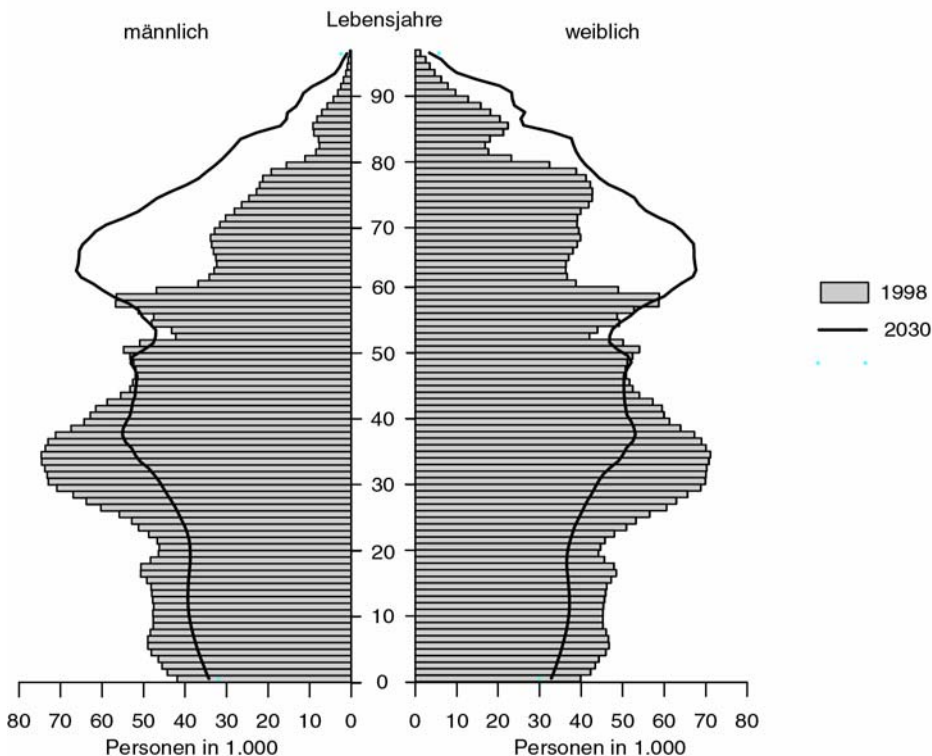
der Geburten stabil. Denn sowohl die Anwesenheit von ca. 730.000 Ausländern als auch die unmittelbare Nachbarschaft Österreichs zu Ländern mit deutlich niedrigerem Lohnniveau werden selbst unter den Bedingungen einer restriktiven Migrationspolitik ein bestimmtes Maß an Familiennachzug und Arbeitskräftewanderung in Gang halten. Solche Zuwanderung bremst zumindest eine zeitlang auch den Rückgang der Zahl potenzieller Eltern. Das reduziert den auf Grund der Altersstruktur der Inländerinnen und Inländer eigentlich zu erwartenden Geburtenrückgang. Zugleich erreichen im frühen 21. Jahrhundert geburtenschwache Jahrgänge das Ende ihrer statistischen Lebenserwartung. Die Zahl der Sterbefälle wird daher bis Mitte der 2010er Jahre gering sein. Dennoch übertrifft sie ab dem Jahr 2000 die Geburtenzahlen und wird auch in Zukunft für einen negativen Saldo sorgen.

Nur auf Grund der Zuwanderung wird Österreichs Einwohnerzahl bis zum Jahr 2030 relativ stabil bleiben und erst danach wieder etwas kleiner werden. Szenarien eines insgesamt stark schrumpfenden Österreich erscheinen aus heutiger Sicht zumindest für das erste Drittel des 21. Jahrhunderts eher unwahrscheinlich. Die langfristigen Prognosen der Bundesstatistik und der Österreichischen Raumordnungskonferenz (vgl. Hanika 1999, ÖROK 1996) gehen davon aus, dass sich die Bevölkerung Österreichs erst nach dem Jahr 2030 schrumpfen wird.⁴ Ob und wie stark die Einwohnerzahl Österreichs tatsächlich weiter zunehmen, stagnieren oder leicht zurückgehen wird, hängt in erster Linie von der Entwicklung der Außenwanderungen und nur in geringerem Maße von der Entwicklung der Lebenserwartung ab, denn die Zahl der Geburten wird voraussichtlich etwas kleiner sein als die Zahl der Sterbefälle. Nur dann, wenn die internationale Zuwanderung sehr gering bliebe, etwa weil Österreich als Wanderungsziel aus irgend einem Grund unattraktiv würde oder sich das Land gegenüber Zuwanderung aus dem Ausland völlig abschotten könnte,⁵ ginge die Bevölkerung schon vor dem Jahr 2030 deutlich zurück. Nur unter diesen restriktiven Bedingungen könnte die Bevölkerungszahl Österreichs schon bis zum Jahr 2021 auf 7,8 Mio. zurückgehen. Wahrscheinlich ist dies aus heutiger Sicht allerdings nicht.

⁴ Bevölkerungsprognosen können einen weiteren Blick in die Zukunft wagen als beispielsweise Wirtschaftsprognosen. Dies hat mit der Langfristigkeit und "Trägheit" des Bevölkerungsprozesses zu tun. So sind beispielsweise die Pensionisten des Jahres 2050 alle bereits geboren. Aus der Zahl der um 1990 Geborenen kann bei Unterstellung einer "normalen" Sterblichkeit und einer durchschnittlichen Zu- und Abwanderung auf die Zahl der 60-Jährigen im Jahr 2050 geschlossen werden.

⁵ Beides ist aus heutiger Sicht nicht sehr wahrscheinlich, da Österreich – gemessen am Pro-Kopf-Einkommen – zu den reichsten Ländern der Welt gehört und sich als EU-Mitglied und als Signatarstaat internationaler Konventionen zumindest gegenüber Zuwanderung von Bürgern anderer EU-Staaten sowie gegenüber nachziehenden Familienangehörigen und gegenüber Asylsuchenden nicht völlig abschotten kann.

Schaubild 1: Altersstruktur der Bevölkerung 1998 und 2030



Quelle: Hanika 1999, 928

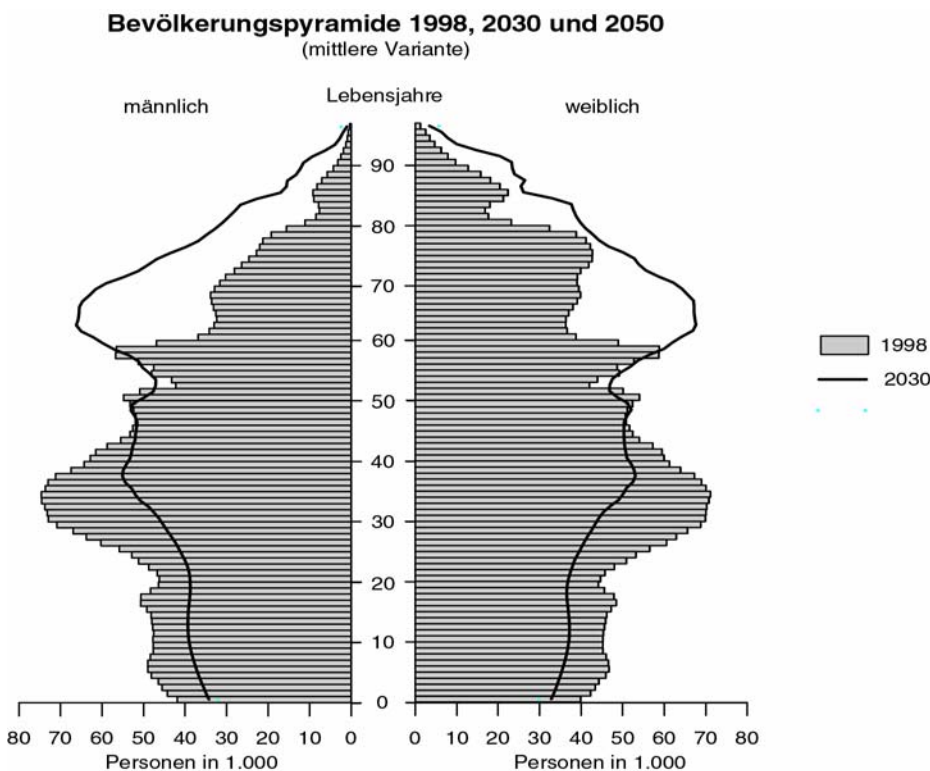
Während in den kommenden drei Dekaden keine spektakulären Veränderungen der Einwohnerzahl Österreichs zu erwarten sind, wird sich die Altersstruktur deutlich verändern. Absehbar ist ein weiterer Rückgang der Jüngeren und eine Zunahme der Älteren, insbesondere der Hochbetagten. Die Gesamtbelastungsquote wird nach 2011 und die Alterslastquote bereits ab dem Jahr 2000 deutlich zunehmen. Betrug der Verhältnis von über 60-Jährigen zu 15- bis 59-Jährigen in den vergangenen Jahrzehnten knapp über 30 zu 100, so wird dieser Wert bis zum Jahr 2015 auf über 40 zu 100 und um 2025 auf über 50 zu 100 steigen. Auf einen über 60-Jährigen bzw. eine über 60-Jährige kommen dann nur noch zwei Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 60 Jahren. Für die Alterssicherung ist allerdings nicht die Zahl der Personen im Haupterwerbsalter, sondern die Zahl der Beitragszahler entscheidend. 1998 kamen auf 1000 Sozialversicherte 619 Alters- und Hinterbliebenenpensionen.⁶ 3,4 Millionen selbständig und unselbständig Erwerbstätige finanzieren im Umlageverfahren 1,9 Millionen Alters- und Hinterbliebenenpensionen.⁷ Würde das Alter, in dem die Österreicherinnen und Österreicher in Pension gehen im Schnitt auch zukünftig so niedrig bleiben wie zu Ende des 20. Jahrhunderts oder sogar noch weiter sinken, dann kämen ab dem Jahr 2030 auf 1000 Sozialversicherte zwischen 700 und 900 zu finanzierende Pensionen.

⁶ Web-Site des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungen (www.sozvers.at/hvb/statistik).

⁷ Es zu beachten, daß es sich dabei um Pensionsbezüge und nicht um Personen handelt, da bestimmte Personen mehr als eine Pension beziehen (z. B. Eigen- und Witwenpension). Von den 1,91 Mio. Pensionen entfielen 1998 rund 530.000 auf Witwen-, Witwer- und Waisenpensionen und 1,38 Mio. auf Alters- und Erwerbsunfähigkeitspensionen (darunter 234.000 Frühpensionen).

Österreichs Bundesstatistik und die Österreichische Raumordnungskonferenz prognostizieren für das Jahr 2021 insgesamt 2,3 Mio. Personen und für 2030 sogar 2,7 Mio. Personen im Alter über 60 Jahren. Derzeit ist nur ein Fünftel der in Österreich lebenden Bevölkerung über 60 Jahre alt (21%), darunter sind etwas über 7 Prozent über 75-Jährige. Bis zum Jahr 2031 wird der Anteil der älteren Menschen in Österreich auf gut ein Drittel steigen (35%), darunter fast 15 Prozent über 75-Jährige.

Schaubild 2: Bevölkerung nach breiten Altersgruppen:



Zu der hier kurz skizzierten Alterung der Gesellschaft kommt es aus zwei bereits genannten Gründen: Erste Ursache des Alterungsprozesses ist die steigende Lebenserwartung. 1950 hatten Männer in Österreich bei der Geburt eine Lebenserwartung von etwa 64 Jahren und Frauen von etwa 68 Jahren. 1999 lag die Lebenserwartung der Männer bei 74 Jahren. Frauen wurden im Schnitt schon 80 Jahre alt.⁸ Ein Ende dieser Entwicklung ist vorerst nicht absehbar, denn die Sterblichkeit der Älteren sinkt weiter. Diese Ausdehnung der Lebensjahre führt zu einer Alterung am oberen Ende der Alterspyramide. Zweite Ursache des Alterungsprozesses ist die verringerte Kinderzahl. Dadurch gibt es weniger Geburten, und die Bevölkerung "altert" auch an der Basis: Denn weniger Kinder vergrößern automatisch das Gewicht der Alten.

Beide Entwicklungen – niedrige Fertilität und steigende Lebenserwartung - verursachen die Alterung der Gesellschaft, und weil beides langfristige Prozesse sind, ist eine Trendumkehr wenig wahrscheinlich. Selbst die zukünftig zu erwartende Zuwanderung wird langfristig

⁸ Die für 1999 errechnete durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt (männliche Neugeborene: 74 J., weibliche Neugeborene: 80 J.) ist eine bloße Momentaufnahme der Sterbeverhältnisse. Auf Grund weiter steigender Lebenszeiten können die Geborenen der Jahre 1999/2000 damit rechnen, selbst tatsächlich noch um einiges älter zu werden.
Heinz Fassmann/Rainer Münz • Titel: Politik und Demographie. Ursachen und Folgen der ergrauenden Gesellschaft. 8
Printquelle in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz/Meixner, Wolfgang (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien. (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Wien 2000, S. 13-30 •
Onlinequelle: www.demokratiezentrum.org

möglicherweise nicht ausreichen, um die "fehlenden" Geburten vollständig zu ersetzen. Jedenfalls aber wird Zuwanderung aus politischen und sozialen Gründen, nicht in der Lage sein, die wachsende Zahl der Älteren durch eine entsprechende Vergrößerung den jüngeren Altersgruppen zu kompensieren. Denn Zuwanderung, die die Relation zwischen den großen Altersgruppen stabil hielte, wäre von einer Größenordnung, die uns politisch und gesellschaftlich als nicht akzeptabel erschiene. Die Alterung der Gesellschaft ist somit eine beinahe unausweichliche Konsequenz veränderter Geburten- und Sterbeverhältnisse.

3. Alternde Gesellschaft - politische Konsequenzen

Als die Angehörigen der Baby-Boom-Generation in den 70er Jahren das Wahlalter erreichten, galt ihr Wahlverhalten als entscheidend. Einer Partei, der es gelang, die damals zahlreichen und durch Herabsetzung der Volljährigkeit wie auch des Wahlalters noch zahlreicher gewordenen Jungwähler zu überzeugen, konnte Wahlen gewinnen. Eine verstärkte thematische und personelle Zuwendung zu dieser Zielgruppe war die Folge. Themen wie Chancengleichheit aller sozialen Gruppen, Verkürzung des Wehrdienstes, Öffnung der Schulen und Universitäten und die Modernisierung im Bereich des Familienrechts waren auch deshalb Teil der politischen Programmatik, weil es Themen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren. Unter der Regierung von Josef Klaus und später unter der von Bruno Kreisky wurden erstmals unter 40-Jährige zu Ministern (Alois Mock, Hannes Androsch) und zu Staatssekretären (Josef Taus). "Gebt der Jugend eine Chance", lautete die Parole, was aufgrund der Altersstruktur der Wähler auch machtpolitische Bedeutung hatte.

So wie sich die Themen der Politik und ihre Außendarstellung mit dem Heranwachsen der geburtenstarken Jahrgänge der 40er und 60er Jahre veränderte, so wird die Altersstruktur auch in Zukunft Anpassungsleistungen der österreichischen Politik aber auch der Institutionen selbst erfordern. Nach einer Politisierung der Jugend wird eine Politisierung des Alters zu erwarten sein (vgl. Künemund et al. 1993). Damit ist auf der einen Seite das verstärkte Gewicht der älteren Wähler und ihres Wahlverhaltens gemeint. Auf der anderen Seite ist eine stärkere Akzentuierung jener Themen zu erwarten, die für diese Altersgruppen besondere Relevanz besitzen. Dabei geht es nicht nur um Fragen der materiellen Sicherung im Alter, sondern auch um Fragen der Pflege- und Betreuungssituation älterer Menschen, der Bildung und Weiterbildung im dritten Lebensabschnitt sowie der altersgerechten Architektur und Stadtplanung.

3.1 Das politische Gewicht der Alten von Morgen

Stellten die über 60-Jährigen bis Anfang der 90er Jahre weniger als 30 Prozent aller Erwachsenen, so wird dieser Anteil bis 2030 auf über 40% steigen. Da die ausländische und bei Nationalratswahlen somit nicht wahlberechtigte Bevölkerung im Schnitt jünger ist als die inländische, ist zu erwarten, dass zwischen 2011 und 2016 die über 50-Jährigen unter den Wahlberechtigten in der Mehrzahl sein werden (vgl. Leichsenring und Strümpel 2000).

Tabelle 3: Entwicklung des durchschnittlichen Alters der Wahlberechtigten in Österreich und des Anteils der älteren Wähler an der wahlberechtigten Bevölkerung

Jahr	Durchschnittliches Alter der Wahlberechtigten	Anteil der über 60-Jährigen an der wahlberechtigten Bevölkerung (über 18 Jahre) in %
1981	44,7	25,7
1991	46,0	25,5
1996	46,8	25,3
2001	47,7	26,7
2006	48,6	27,7
2011	49,5	29,3
2016	50,5	30,9
2021	51,5	33,8
2026	52,6	37,8
2031	53,7	41,1

Quelle: Leichsenring und Strümpel 2000, S. 81

Mehr denn je wird das Wahlverhalten der Älteren in Zukunft die Mehrheitsverhältnisse und die in einer breiteren Öffentlichkeit diskutierten Themen bestimmen. Dass es dann zur erfolgreichen Gründung einer eigenen Seniorenpartei kommt ist allerdings unwahrscheinlich. Dagegen sprechen zwei Argumente. Eine Seniorenpartei wäre ein Bündnis, das auf den Interessen einer demographisch definierten Gruppe beruht. Eine Seniorenpartei würde eine klare Positionierung im Bereich jener sozialpolitischen Fragen einnehmen, die eine größere Zahl älterer Menschen betreffen, allen voran die Altersversorgung. Sie hätte jedoch eine diffuse Positionierung in allen anderen Fragen. Im Bereich der Familienpolitik, wie auch bei der Europa-, Außen- oder Sicherheitspolitik sind weltanschauliche Positionen ausschlaggebend, nicht aber Interessen, die sich durch die Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe ergeben. Eine Seniorenpartei wäre demnach eine Ein-Themen-Partei, die zu vielen anderen Themen kaum Position entwickeln könnte, die in ihrer primären Zielgruppe mehrheitsfähig wären.

Gegen die erfolgreiche Etablierung einer Seniorenpartei spricht auch die Tatsache, dass die weltanschauliche Positionierung mit Erreichen des Pensionsalters in der Regel längst abgeschlossen ist. Selbst bei Berücksichtigung der Tatsache, dass die Zahl der Wechselwähler zunimmt, wäre es eine Illusion zu glauben, Österreichs Wählerinnen und Wähler würden mit Erreichen des Pensionsalters ihre politische Heimat in größerer Zahl verlassen und einer Seniorenpartei ihre Stimme geben. Eine solche politische Bewegung würde somit in erster Linie Protestwähler anziehen.

Viel wahrscheinlicher als die Gründung einer eigenen Seniorenpartei, ist die stärkere Ausrichtung der bereits etablierten Parteien an den Interessen der Älteren. Diese würden noch mehr als bisher zu einer bevorzugten Zielgruppe von Wahlwerbung und Politik. Diese Annahme lässt sich durch bereits beobachtbare Entwicklungen stützen. Fast alle Parteien haben für die Zielgruppe der Senioren eigene Vorfeldorganisationen aufgebaut. Älteste Organisation ist der SPÖ-nahe "Pensionistenverband Österreichs", der 1949 als "Verband der Arbeiter-, Unfall-, Landarbeiterrentner und Gemeindebefürsorgten Österreichs" gegründet wurde und die

Interessen von rund 300.000 Mitgliedern vertritt.⁹ Der ÖVP steht die als "Pensionistenbund" gegründete und 1998 in "Seniorenbund" umbenannte Organisation nahe; nicht bloß sie ist Teil der bündischen Struktur der ÖVP. Der Seniorenbund zählt rund 260.000 Mitglieder.¹⁰ Der FPÖ ist der 1974 gegründete "Österreichische Seniorenring" als Dachverband der jeweiligen Landesorganisationen zuzurechnen. Mit rund 50.000 Mitgliedern ist der Seniorenring die kleinste der drei politischen Vorfeldorganisationen.¹¹ Mitglied im "Pensionistenverband", im "Seniorenbund" oder im "Seniorenring" sind somit mehr als ein Drittel aller über 60-jährigen Österreicherinnen und Österreicher. Dies ist schon jetzt ein beachtlich hoher parteipolitischer Organisationsgrad der älteren Menschen.¹² Alle drei parteinahen Vorfeldorganisationen sind im 1994 gegründeten und 1997 ausgeweiteten Seniorenrat vertreten, der als Dachorganisation aller Seniorenverbände tätig ist und eine beratende Funktion bei entsprechenden Gesetzesvorlagen und bei der Pensionsanpassung ausübt.¹³

Von den im Parlament vertretenen Partei haben lediglich die Grünen keine explizit auf die Interessen der Pensionisten zugeschnittene Parteigliederung. Zweifellos hat dies mit der bislang noch jüngeren Wählerstruktur der Grünen zu tun. Auch das Liberale Forum verzichtete nach seiner Gründung darauf, die Belange von Pensionisten im Rahmen einer Vorfeldorganisation oder Parteiinstitution zu verankern, propagierte aber mit dem Modell der "Grundsicherung" bzw. des Bürgergeldes die radikalste Veränderung des bestehenden Systems der gesetzlich garantierten, an Lohnhöhe und Beitragszeiten orientierten Alterspensionen.

Erkennbar ist jedenfalls der Trend: So wie in den 1970er und 80er Jahren alle etablierten Parteien etwas "grüner" wurden und versuchten, ökologische Themen in ihr politisches Angebot zu integrieren, dürften nun wahrscheinlich alle Parteien in der einen oder anderen Form "grauer" werden und seniorenspezifische Themen stärker aufgreifen.

3.2 Politische Partizipation und Wahlverhalten

Im dritten Lebensalter ändert sich der politische Partizipationsstil. Aktionistische Formen der politischen Willensbekundung verlieren mit zunehmenden Alter an Attraktivität. Demonstrationen, Protestversammlungen oder die Mitarbeit in Bürgerinitiativen sind nicht die bevorzugten Partizipationsformen älterer Menschen. Das heißt aber nicht, dass das Interesse am politischen Geschehen verloren geht. Ganz im Gegenteil: Ältere Menschen interessieren sich für Politik, sind über Pensionistenverbände politisch eingebunden und beteiligen sich zu einem höheren Prozentsatz an Wahlen als Jüngere. Die Wahlbeteiligung steigt mit zunehmenden Alter und geht erst bei den Hochbetagten deutlich zurück, wobei geschlechtsspezifische Unterschiede wesentlich sind (vgl. Pelinka et al. 1997). Das Interesse an Politik liegt bei den Älteren deutlich über dem der Jugendlichen oder jungen Erwachsenen.

Was sich mit dem Alter ändert, ist nicht die Auseinandersetzung mit Politik insgesamt, sondern sind eher die thematischen Schwerpunkten und eine generelle Grundeinstellung. Die Themen,

⁹ 1951 wurde der Name auf "Verband der Arbeiterrentner Österreichs", 1959 auf "Verband der österreichischen Rentner und Pensionisten" und schließlich 1975 auf "Pensionistenverband Österreichs" geändert.

¹⁰ Der "Seniorenbund" ist rechtlich sowohl ein Verein als auch eine Bundesorganisation der ÖVP. Der Seniorenbund gliedert sich in selbständige Landes-, Bezirks- und Gemeindegruppen. Vorsitzender des Seniorenbundes ist (Stand: 2000) Stefan Knafel.

¹¹ Der Österreichische Seniorenring hat seinen Sitz in Graz. Der derzeitige Vorsitzende ist Norbert Matzka.

¹² Die Mitgliederzahl aller politisch ausgerichteten Seniorenorganisationen, zu denen noch die PensionistInnen im ÖGB und der Zentralverband der Pensionisten Österreichs zu rechnen sind, suggerieren einen insgesamt zu hohen Organisationsgrad der über 60-Jährigen. Weil jemand Mitglied in mehreren dieser Organisationen sein kann, überschätzt die Zahl der Mitgliedschaften die Zahl der tatsächlich organisierte Personen. Dies ist zu berücksichtigen, wenn der von Leichsenring und Strümpel (2000) berechnete Organisationsgrad von 47,6% interpretiert wird.

¹³ Der Österreichische Seniorenrat wurde 1997 gegründet. Erster Präsident war Rudolf Pöder vom Pensionistenverband Österreichs, gefolgt von Stefan Knafel vom Seniorenbund. 1999 war der SPÖ-nahe Pensionsistenverband nun unter Vorsitz Karl Blechas an der Reihe. Das Bundes-Seniorengesetz, 1998 verabschiedet und in Kraft getreten (BGBl. II Nr. 388/1998), stellte die Arbeit des Seniorenrates auf eine gesetzliche Basis.

die Jugendliche, junge Erwachsene und Erwerbstätige interessieren, treten zurück, die Fragen nach der persönlichen, materiellen und sozialen Sicherheit gewinnen an Bedeutung. Die Finanzierung der Pensionen, die Organisation von Pflege- und Betreuungsarbeit oder die Sicherheit im eigenen Wohnumfeld verdrängen die Sorge um den Arbeitsplatz, um die Nachhaltigkeit der Umweltpolitik oder um die zukünftige Ausgestaltung der österreichischen Europa- und Sicherheitspolitik. Die Auseinandersetzung mit technischen Innovationen, aber auch mit Veränderungen durch Zuwanderung aus dem Ausland wird von älteren Bürgerinnen und Bürgern in größerem Umfang verweigert (vgl. Lebhart und Münz 1999, Kohlbacher und Reeger 1999).¹⁴ Zugleich ist gerade bei älteren Menschen der Ruf nach autoritärer Politik bzw. nach weniger demokratischer Auseinandersetzung lauter zu vernehmen ist als bei Angehörigen der jüngeren Generation. Generell nehmen mit dem Alter konservative Grundeinstellungen zu.

Die drei Parteien, SPÖ, ÖVP und FPÖ, haben von dieser Zunahme konservativer Grundeinstellungen mit dem Alter profitiert und sich inhaltlich auch darauf eingestellt. Die über 60-Jährigen wählten bei den vergangenen Wahlen SPÖ, ÖVP oder FPÖ jeweils in einem höheren Ausmaß als andere Altersgruppen. Jüngere Parteien wie die Grünen oder das Liberale Forum fanden dagegen bei den Älteren deutlich weniger Zustimmung (vgl. Leichsenring und Strümpel 2000).

Ob diese Diagnose einer mit dem Alter zunehmend konservativen Grundeinstellung auf die kommenden Altersgenerationen übertragbar ist, bleibt offen. Der Alterskonservatismus könnte in der Generation der vor 1945 Geborenen stärker sein, weil deren Erziehung in einem höheren Ausmaß durch einen autoritären Stil geprägt war. Deshalb ist es denkbar, dass die über 60-Jährigen des Jahres 2021, deren Sozialisation in den 70er und 80er Jahren erfolgte, - geprägt durch die Auseinandersetzung um die Kraftwerke Zwentendorf und Hainburg, durch Bürgerinitiativen und andere sozialen Bewegungen, - sich weniger stark in Richtung Konservatismus, law and order und Besitzstandswahrung entwickeln werden. Es kann aber auch sein, dass in Zukunft ebenfalls der Konservatismus unabhängig von der Kohortenzugehörigkeit mit steigendem Alter stärker wird. Wir dürfen zumindest folgendes annehmen: Wer in einem gegebenen politischen System Besitz, Wohlstand und soziale Rechte oder Ansprüche – wie bedeutend auch immer – erworben hat, wird eine grundsätzliche Änderung dieses Systems ablehnen. Die Parole: "Es soll alles bleiben, wie es ist", wird auch für die zukünftigen Wähler höheren Alters eine gewisse Attraktivität besitzen.

3.3 Alterung und politische Schwerpunktthemen

Unabhängig vom Grad politischer Partizipation älterer Menschen und der Frage, wer zukünftig ihre Interessen vertritt, lassen sich jene Fragen identifizieren, die für künftige Wähler von zentralem Interesse sein werden.

3.3.1 Soziale Sicherung im Alter

Die Sicherung des Lebensstandards im Alter wird zukünftig eines der zentralen politischen Themen sein. Einer der Hauptgründe dafür ist die demographische Entwicklung. Sie wird im 21. Jahrhundert die gegensätzlichen Interessen zwischen Älteren und Jüngeren wachsen lassen. Dabei verschieben sich die politischen und demographischen Gewichte zugunsten der Älteren. Diese werden folglich noch weniger bereit sein, Abstriche bei den Pensionen widerspruchslos zu akzeptieren. Zugleich wird die Vermögenslage für viele Senioren so gut sein wie noch nie.

¹⁴ In empirischen Studien zeigt sich, dass ältere Menschen den Zuzug von Ausländern in viel höherem Umfang ablehnen als Jüngere. Sie bringen Ausländer mit Kriminalität, Bedrohung der Heimat und Werteverfall in Zusammenhang. Ausländerfeindlichkeit steigt - unabhängig von der sozialen Zugehörigkeit, der Bildung und dem Wohnstandort - mit dem Alter an.

Denn heute und auf absehbare Zeit werden in Österreich Menschen alt, die im Laufe ihres Lebens Geld sparen, Lebensversicherungen abschließen, Wohnungseigentum erwerben oder sich ein Haus bauen konnten; und deren Ersparnisse nicht durch Krieg, Inflation und Zeiten der Not wieder vernichtet wurden. Stabilität und Wohlstand in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts machten die Alten von heute und morgen zur wohlhabendsten Pensionistengeneration, die Österreich je hatte.

Politisch wird es darum gehen, einen wachsenden Anteil der jährlichen Wirtschaftsleistung für die Alterssicherung zu verwenden. Denkbar sind erstens: eine Stärkung des umlagefinanzierten Systems durch höhere Pensionsbeiträge von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Selbständigen, nicht zuletzt auch von Bauern und Beamten; zweitens: die Erhöhung der Bundeszuschüsse, was eine stärkere Finanzierung der Pensionen aus allgemeinen Steuermitteln bedeuten würde; drittens: mehr Eigenvorsorge durch Einzahlung eines bestimmten Anteils des Netto-Lohns bzw. Netto-Einkommens in Pensionsfonds, die diese Mittel auf dem Kapitalmarkt veranlagen. Letzteres würde die Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Pensionen und der Altersversorgung für Beamte ermöglichen. Die Differenz müsste durch eigene Beiträge zu den Pensionsfonds angespart werden. Vorstellbar ist schließlich eine Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters. Dies hätte allerdings einen funktionierenden Arbeitsmarkt für ältere Menschen zur Voraussetzung, den es derzeit nicht gibt.¹⁵

Weil bei einer aus demographischen Gründen steigenden Zahl von Pensionisten die Finanzierung zukünftiger Pensionen allein durch Beiträge im Umlageverfahren mit der Zeit zu wesentlich höheren Beiträgen der Erwerbstätigen führen würde, sind dieser Finanzierungsmöglichkeit über die Lohnnebenkosten schon wegen der Standortkonkurrenz gewisse Grenzen gesetzt. Gleiches gilt für die Erhöhung des Bundeszuschusses aus allgemeinen Steuereinnahmen, was wiederum die Erhöhung der effektiven Steuerbelastung wahrscheinlich macht. Denn sowohl höhere Steuern als auch höhere Beiträge zur Finanzierung von Alterspensionen stehen in Widerspruch zu einem anderen Ziel staatlicher Politik – nämlich der Stärkung der "internationalen Wettbewerbsfähigkeit" und der Aufrechterhaltung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus. Letzteres verbindet sich in der Regel mit Forderungen nach einer Entlastung des Produktionsfaktors "Arbeit", einer Senkung der Lohnnebenkosten am Wirtschaftsstandort Österreich und einer Verringerung der Staatsquote. Schließlich verbietet sich mit Blick auf die zu erfüllenden Maastricht-Kriterien auch eine durch Staatsverschuldung finanzierte Deckung der Beitragslücke in der gesetzlichen Pensionsversicherung.

Die mit Fragen der kollektiven Alterssicherung und der individuellen Vorsorge zusammenhängenden Verteilungsdiskussionen werden einen zentralen Inhalt "grauer" Politik von morgen darstellen und erheblich konfliktträchtiger werden, als dies im Rahmen der Pensionsdebatten der 90er Jahre und des Jahres 2000 der Fall war. Denn aus demographischer Sicht befand sich das Pensionsversicherungssystem während der 90er Jahre

¹⁵ Die Arbeitslosigkeit ist in den ersten Jahren der Berufstätigkeit aufgrund einer Such- und Selektionsphase der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Männern und Frauen sehr hoch, sinkt dann mit der Etablierung im Beschäftigungssystem ab und steigt in den Jahren vor Erreichung des gesetzlich möglichen Antrittsalters wieder an. So entfallen beispielsweise 10,1 aller arbeitslosen Frauen auf die Altersgruppe der 45 bis 49-Jährigen, bereits 14,3% auf die 50 bis 54-Jährigen, aber lediglich 4,5% auf die 55 bis 59-Jährigen (Quelle: www.ams.or.at; Jänner 2000). Mit dem Alter eng gekoppelt ist die durchschnittliche Vormerkdauer. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen zeigt sich eine mit dem Alter deutlich abnehmende Vermittelbarkeit. Können unter 30-Jährige damit rechnen, innerhalb von rund 3 Monaten wieder einen Arbeitsplatz zu finden, so müssen 45-49-Jährige mit mehr als 4 Monaten Wartezeit rechnen und 55-59-Jährige mit rund 13 Monaten, wobei dabei in den meisten Fällen der Übertritt in die Pension die Arbeitslosigkeit beendet. Ob ein Hinaufsetzen des Antrittsalters nur zu einem parallelen Verschieben der Altersarbeitslosigkeit in höhere Altersgruppen führt, oder zu einem Anstieg derselben kann derzeit nur vermutet werden. Möglich ist, daß beides stattfinden wird: Die Altersarbeitslosigkeit wird sich erhöhen und ältere Menschen betreffen.

und zu Anfang des 21. Jahrhunderts in einer relativ günstigen Situation. Einer großen Zahl von Erwerbstätigen stand eine vergleichsweise immer noch relativ kleine Zahl von Pensionisten gegenüber. Die inzwischen herangewachsenen Angehörigen der Babyboom-Generation der 60er Jahre und die Zuwanderer der späten 80er und frühen 90er Jahre hatten in dieser Periode zur größten in Österreich je registrierten Zahl an selbständig wie unselbständig Erwerbstätigen und damit auch an sozialversicherten Personen geführt.¹⁶ Wenn jedoch die Angehörigen der Babyboom-Generation selbst in den Ruhestand treten werden, dürfte die Zahl der Erwerbstätigen sinken. Spätestens dann muss die Frage der sozialen Sicherung im Alter politisch neu beantwortet werden.

3.3.2 *Betreuung und Pflege im Alter*

Das größere demographische und politische Gewicht der Senioren wird einen weiteren Bereich der sozialen Sicherung zum Thema machen: die Gesundheitsversorgung und die Pflegesicherung der Älteren. Auch wenn die alten Menschen von morgen in der Regel gesünder das hohe Alter erreichen als ihre Eltern und Großeltern, werden sich die Kosten der medizinischen Betreuung allein aufgrund der stark steigenden Zahl älterer Menschen erhöhen. Dazu kommen die wachsenden, aber auch mit höheren Kosten verbundenen Möglichkeiten der Medizin, Krankheiten diagnostizieren, zu lindern oder den Verlauf chronisch-degenerativer Prozesse zu verzögern. Etliches von dem, was heute medizinisch "machbar" ist oder in Zukunft "machbar" sein wird, dürfte dann nicht alleine aus Mitteln der überwiegend auf dem Umlageprinzip beruhenden gesetzlichen Krankenversicherungen finanzierbar sein; außer es kommt zu einer wesentlichen Erhöhung der Beiträge. Auch hier sind Alternativen denkbar: Zum einen könnte sich die ältere Generation – also jene, die einen Großteil der Gesundheitsleistungen konsumieren – finanziell stärker an den Kosten beteiligen, was bei wachsendem Wohlstand der Älteren zumutbar wäre. Zum anderen werden private Zusatzversicherungen weiter an Bedeutung gewinnen. Letzteres bedeutet allerdings, dass ein Teil der Leistungen des Gesundheitssystems nicht für alle verfügbar, was neben Fragen der Verteilungsgerechtigkeit erhebliche ethische Probleme aufwirft. Denn im Endeffekt bedeutet dies: Wer wohlhabender ist und über einen besseren Versicherungsschutz verfügt, wird intensiver betreut und hat die Chance auf ein längeres Leben.

Die Alterung der Bevölkerung belastet auf jeden Fall sowohl die gesetzlichen Krankenkassen als auch das medizinische System insgesamt. Zugleich ist klar, dass es hier nicht nur um Fragen der Finanzierung geht. Denn das bestehende Gesundheitssystem ist schon jetzt nicht in der Lage, eine adäquate Betreuung älterer und gebrechlicher Menschen sicherzustellen. Dies wird zum Problem, weil sich der Anteil der im Familienverband betreuten und gepflegten Senioren verringern wird. Das hat nicht nur mit zukünftig stark wachsender Zahl der Hochaltrigen zu tun, sondern auch mit veränderten Familienstrukturen. Denn derzeit wird der überwiegende Teil der Pflegeleistungen von nahen Angehörigen unentgeltlich und mehr oder weniger freiwillig erbracht (Badelt et al. 1995, Kytir und Münz 1992). In Zukunft wird sich das Ausmaß der in den Familien quasi "gratis" erbrachten Pflegeleistungen weiter reduzieren. Das ist eine Spätfolge sinkender Kinderzahlen und steigender Scheidungshäufigkeit, aber auch eine

¹⁶ Dass die Pensionsversicherung dennoch vor Finanzierungsproblemen stand, war eine Folge der gestiegenen Arbeitslosigkeit, vor allem aber eine Konsequenz der steigenden Lebenserwartung, des stark gesunkenen Pensionsalters und der gestiegenen Zahl von Personen, die Anspruch auf eine Alterspension haben. Inzwischen hat Österreich unter allen Industriestaaten das zweitniedrigste Pensionsantrittsalter. Im Schnitt findet der Übertritt in den Ruhestand schon im Alter von 57 bis 58 Jahren statt. Im öffentlichen Dienst wurde Beamten und Vertragsbediensteten während der 90er Jahre der Übertritt in den Ruhestand sogar noch etwas früher gestattet. Abschlüsse bei vorzeitigem Ausscheiden führten im öffentlichen Dienst 1998 und 1999 jedoch zu einem Wiederanstieg des Pensionsalters. Aus heutiger Sicht ist es jedenfalls unwahrscheinlich, dass die nach 1960 Geborenen im Alter von 57 Jahren in Frühpension gehen können.

Konsequenz der größeren räumlichen Mobilität. Immer mehr Menschen bleiben kinderlos. Aber auch wer Kinder hat, lebt im Alter nicht unbedingt in deren Nähe. Was Österreich daher benötigt, ist ein Ausbau der Infrastruktur im Gesundheits- und Pflegebereich für hochaltrige Menschen.

4. Ausblick

Tendenziell wird Politik in der ergrauenden Gesellschaft stärker auf Besitzstandswahrung und auf Abwehr von Neuerungen ausgerichtet sein. Und sie wird sich damit in einem Dilemma befinden. Denn das Tempo der globalen Veränderungen wird sich auf absehbare Zeit nicht verringern. Und zugleich wird die Alterung unserer Gesellschaft selbst Veränderungen erzwingen. Risikobereitschaft und Innovationszwang auf der einen Seite und Abwehr oder Skepsis gegenüber Neuerungen sind jedoch schwer vereinbar.

Qualitative Veränderungen stehen bevor, deren Auswirkungen heute noch gar nicht voll abschätzbar sind und von denen die meisten von uns auch kaum eine Vorstellung haben. Schon aus rein demographischen Gründen wird die Gesellschaft von morgen nur wenig Ähnlichkeit mit der des Jahres 2000 haben. Denn im Gegensatz zu Vergangenheit werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Österreich des 21. Jahrhunderts deutlich in der Minderheit sein. Es wird für sie schwerer werden, ihre Interessen gegen die Mehrheit der Älteren durchzusetzen. Konflikte sind zumindest absehbar, weil demnächst eine Mehrheit der Wahlberechtigten über 50 Jahre alt sein wird. Und die werden zu allererst an ihre eigene Absicherung denken. Hinzu kommt, daß sich die jüngere Generation mehr als bisher von der älteren Generation unterscheiden wird. Dafür sorgen junge Zuwanderer und die wachsende Zahl in Österreich geborener ausländischer Kinder. Österreich wird daher in Zukunft nicht nur ergrauen. Das Land wird auch eine ethnisch und religiös viel buntere Gesellschaft haben als heute. Aber weder auf das Eine noch auf das Andere ist dieses Land gut vorbereitet.

Literatur

- Badelt, Christoph, Andrea Holzmann, Christian Matul und August Österle (1995). *Kosten der Pflegesicherung. Strukturen und Entwicklungstrends der Altenbetreuung* (=Sozialpolitische Schriften, Band 4), Wien
- Bürklin, Wilhelm (1987). Alte Wähler morgen: graue Panther oder konservative Stammwähler der CDU? In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.). *Die ergraute Gesellschaft*. Berlin, 116-140
- Hanika, Alexander (1999). Bevölkerungsvorausschätzung 1999 bis 2050 für Österreich und die Bundesländer, *Statistische Nachrichten* 11, 924-933
- Kohlbacher, Josef und Ursula Reeger (1999). Wohnnachbarschaft und Ausländerfeindlichkeit. In: Heinz Fassmann, Helga Matuschek und Elisabeth Menasse (Hg.). *Abgrenzen – Ausgrenzen – Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration*. Klagenfurt, 115-128
- Künemund, Harald, Neckel Sighard und Jürgen Wolf (1993). Die Rentnergewerkschaft: Ein neuer Akteur der Alterspolitik? *Soziale Welt* 44, 537-554
- Kytir, Josef und Rainer Münz (1992). *Alter und Pflege*. Berlin.
- Kytir, Josef (1998). Generationensolidarität als gesellschaftliche und private Verpflichtung. In: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): *Seniorenpolitik in Österreich. Bedürfnisse, Erwartungen, Visionen* (=Schriftenreihe Seniorenpolitik, Bd. 4). Wien, 19-28
- Kytir, Josef (1997). Bevölkerungsalterung und Gesundheitsausgaben. Herausforderungen für die Soziale Krankenversicherung, *Soziale Sicherheit* 1, 5-11
- Lebhart, Gustav und Rainer Münz (1999). Die Österreicher und ihre "Fremden". In: Fassmann, Heinz, Helga Matuschek und Elisabeth Menasse (Hg.). *Abgrenzen – Ausgrenzen – Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration*. Klagenfurt, 15-32
- Leichsenring, Kai, Bahr Christiane und Charlotte Strümpel (1999). The politics of old age in Austria. In: Walker, Alan and Gerhard Naeyegele (Hg.). *The politics of old age in Europe*. Buckingham/Philadelphia, 65-82
- Leichsenring, Kai und Charlotte Strümpel (2000). Ältere Menschen und die Politik. In: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Kompetenzzentrum für Senioren- und Bevölkerungspolitik (Hg.). *Österreichischer Bericht zur Lebenssituation älterer Menschen 1999. Ältere Menschen – Neue Perspektiven*, Journalistische Kurzfassung, Wien, 79-81
- Münz, Rainer (1997). Rentnerberg und leere Schulen? Das Verhältnis der Generationen aus demographischer Sicht. In: Lothar Krappmann, und Annette Lepenies (Hg.). *Alt und Jung. Spannung und Solidarität zwischen den Generationen*, Frankfurt/M., 49-65
- ÖROK (1996). *Bevölkerungsprognosen für Österreich 1991 bis 2021. Szenarien der räumlichen Entwicklung von Wohn- und Erwerbsbevölkerung* (=Österreichische Raumordnungskonferenz, Schriftenreihe Nr. 126), Wien
- Pelinka, Anton, Haller Birgitt und Ilse König (1997). *Graue Panther. Zur Wahrscheinlichkeit und Intensität der politischen Mobilisierung der älteren Generation in Österreich*. Institut für Konfliktforschung / Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst (unveröffentlichter Forschungsbericht), Wien.